

Schulfrei für die Bundeswehr Lernen für den Frieden

Koordination: DFG-VK Baden-Württemberg, Werastr. 10, 70182 Stuttgart, 0711-51885601,
ba-wue@dfg-vk.de, www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de

Stuttgart, 14. August 2014

Pressemitteilung

Wir bleiben dabei: Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr kündigen

Anlässlich der heute unterzeichneten neuen Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusminister Andreas Stoch und Oberst Michael Kuhn vom Landeskommando Baden-Württemberg betont Roland Blach, Sprecher der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden“ und Landesgeschäftsführer der DFG-VK Baden-Württemberg: „Wir bleiben dabei: Die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr ist ersatzlos zu kündigen. Die Privilegien, die der Bundeswehr auch mit der neuen Vereinbarung zugestanden werden, müssen beendet werden. Der „rote Teppich“ für die Bundeswehr muss eingerollt werden.“

Hagen Battran, für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Mitglied im Kampagnenrat, ergänzt: „Grundlegende Änderungen gegenüber der bisherigen Vereinbarung hat es nicht gegeben. Trotzdem hat unsere wiederholt vorgetragene Kritik u.a. dazu geführt, dass nicht mehr die Schule, sondern die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Anwärter bzw. Referendare selbst- und eigenverantwortlich über die Inanspruchnahme der Angebote der Jugendoffiziere zur politischen Bildung entscheiden.“

Ganz im Sinne des Verfassungsgebots aus Art. 12 Landesverfassung, die Erziehung der Jugend „zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe“ zu garantieren, verstärkt die Kampagne ihre Bemühungen, Friedensbildung inhaltlich, personell und institutionell in den Schulen, Hochschulen und Lehrerbildungseinrichtungen des Landes sowie in den Bildungsplänen nachhaltig zu verankern. Aus Sicht der Kampagne ist es dazu unerlässlich, die eigenständige Leitperspektive „Friedensbildung“ in die laufende Bildungsplanreform aufzunehmen.

„Wir treten im kommenden Schuljahr dafür ein, dass sich Schulen auch in Baden-Württemberg nach dem Vorbild von Schulen anderer Bundesländer durch entsprechende Beschlüsse für militärfrei erklären“ macht Blach klar.

Kontakt:

Roland Blach, 0711-51885601, 0177-2507286
Hagen Battran, 07666-882791

Anhang: neue Koopvereinbarung (**Seiten 2-4**) und
Pressemitteilung des Kultusministeriums (**Seiten 5-6**)

Kommentar Dietrich Schulze

Der Kampagnenrat setzt mit der PM der verlogenen Politik der Grün-Roten Landesregierung, die die Privilegierung der Bundeswehr an den Schulen fortsetzt, eine blasse Ablehnung gegenüber mit einem beschönigenden Zusatz, der an Selbstbeweihräucherung erinnert. Der Rat verschweigt die Ergebnisse von mehreren lächerlichen Gesprächen über Friedensbildung mit Minister Stoch, die ich als Selbstgespräche charakterisiert habe (**Seiten 7-8**). Die aktuellen empörenden Briefe der Grünen Fraktion (**Seiten 9-10**) und des Kultusministeriums (**Seiten 11-14**) werden von der Kampagne öffentlich ebenso verschwiegen. Das absichtsvoll Verschwiegene könnte die Öffentlichkeit auf den Gedanken bringen, dass es ein Hirngespinnst der Kampagne ist, mit einer Landesregierung, die zielstrebig auf eine Grün-Schwarz-Rote Koalition hinarbeitet, eine ernsthafte Friedenserziehung in den Bildungsplänen für die Schulen zustande bringen zu wollen. Die gerade erschienenen [Presseberichte](#) runden die Farce nur noch ab. Die BNN Karlsruhe bringt diese mit der Schlagzeile [„Rote Karte für Jungoffiziere“](#) auf den Punkt. Eine aus der Mitmachfalle befreite Kampagne hätte getitelt [„Rote Karte für Kultusminister Stoch“](#).

Karlsruhe, 15. August 2014 dietrich.schulze@gmx.de



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT



**Landeskommando
Baden-Württemberg**

**Kooperationsvereinbarung zwischen dem
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
und dem Landeskommando Baden-Württemberg**

I.

Eine lebendige Gesellschaft ist auf die Fähigkeit und Bereitschaft ihrer Mitglieder angewiesen, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen, den politischen Prozess zu verfolgen, sich an ihm zu beteiligen und Mitverantwortung zu übernehmen.

Politische Bildung in der Schule zielt auf eine derartige Mündigkeit in der demokratischen Gesellschaft. In einer durch wachsende internationale Verflechtungen gekennzeichneten Welt bedarf es dabei in zunehmendem Maße einer reflektierten und kritischen Auseinandersetzung mit Fragen internationaler Politik, auch der Sicherheitspolitik.

II.

Vor diesem Hintergrund wollen wir den Schülerinnen und Schülern einen zusätzlichen Zugang zu Informationen im Themenfeld der Friedens- und Sicherheitspolitik eröffnen. Zu diesem Zweck schließen wir die vorliegende Kooperationsvereinbarung. Ziel ist es dabei, die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen I und II der allgemein bildenden sowie die Schülerinnen und Schüler der beruflichen Schulen zu befähigen, sich mit Fragen internationaler Verständigung und Zusammenarbeit sowie mit unterschiedlichen Strategien der Friedenserhaltung eigenständig auseinanderzusetzen. Schülerinnen und Schüler sollen dabei lernen, kontroverse Positionen abzuwägen und zu einem eigenen Urteil zu kommen.

Jugendoffiziere der Bundeswehr informieren im Rahmen schulischer Veranstaltungen über die zur Friedenssicherung möglichen Instrumente der Politik und die damit zusammenhängenden Aufgabenstellungen der Bundeswehr. Von beson-

derer Bedeutung ist dabei die Vermittlung von Kenntnissen zur globalen Konfliktverhütung und zur Krisenbewältigung. Bei den Veranstaltungen sind die verantwortlichen Lehrerinnen und Lehrer durchgehend anwesend und für den Unterricht verantwortlich. Sie sorgen ferner für eine angemessene Vor- und Nachbereitung des Besuchs externer Experten.

III.

Allgemeine Grundlage für die Behandlung von Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik im Schulunterricht im Rahmen der politischen Bildung sind die entsprechenden Vorgaben des Grundgesetzes, der Landesverfassung Baden-Württemberg, des Schulgesetzes und der Bildungspläne.

In diesem Rahmen beruht die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Schulen auf folgenden Prinzipien:

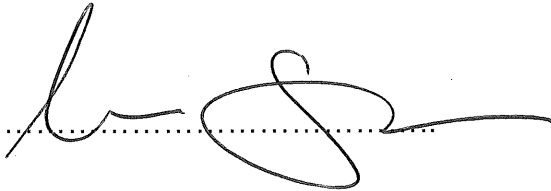
- Die Jugendoffiziere verpflichten sich, die Grundsätze des "Beutelsbacher Konsenses" einzuhalten.
- Die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Anwärter bzw. Referendare entscheiden selbst- und eigenverantwortlich über die Inanspruchnahme der Angebote der Jugendoffiziere zur politischen Bildung. Veranstaltungen der Seminare unter Einbindung von Jugendoffizieren sind auch im Rahmen der Ausbildung der Anwärter und Referendare keine Pflichtveranstaltungen.
- Die Jugendoffiziere dürfen nicht für den Dienst in der Bundeswehr werben.

In die Kooperation werden der nachgeordnete Bereich des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg und der unterstellte Bereich des Landeskommmandos Baden-Württemberg einbezogen.

Jeweils zum Schuljahresende erfolgt ein schriftlicher Bericht der Bundeswehr an das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg über die Umsetzung der Kooperationsvereinbarung.

Mit der vorliegenden Vereinbarung verliert die Kooperationsvereinbarung vom 04.12.2009 ihre Gültigkeit.

Stuttgart, den 14. August 2014

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'A' followed by a series of loops and a long horizontal stroke.

Andreas Stoch MdL
Minister für Kultus, Jugend und Sport
Baden-Württemberg

A handwritten signature in black ink, featuring a large 'M' and 'K' followed by a long horizontal stroke.

Oberst Michael Kuhn
Landeskommando
Baden-Württemberg



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT
PRESSESTELLE

PRESSEMITTEILUNG

14. August 2014

Nr. 73/2014

Kultusministerium schließt neue Vereinbarung mit der Bundeswehr

Kultusminister Andreas Stoch: „Wir haben einvernehmlich mit der Bundeswehr kritische Punkte geregelt, damit die Ausgewogenheit bei der Vermittlung der sicherheits- und friedenspolitischen Bildung in den Schulen besser gewährleistet ist.“

Kultusminister Andreas Stoch und Oberst Michael Kuhn vom Landeskommando Baden-Württemberg der Bundeswehr haben heute eine neue Vereinbarung zur Zusammenarbeit beider Institutionen unterzeichnet. Sie ersetzt die von der Vorgängerregierung 2009 geschlossene Kooperationsvereinbarung.

In der neuen Vereinbarung wird nun stärker herausgestellt, dass die sicherheitspolitische Bildung in den Schulen unter Beteiligung der Jugendoffiziere der Bundeswehr ausgewogen angelegt sein muss und dass die Jugendoffiziere im Unterricht nicht für Tätigkeiten in der Bundeswehr werben dürfen. Zudem wird neu festgelegt, dass die Teilnahme angehender Lehrerinnen und Lehrer an Seminaren der Bundeswehr freiwillig ist. Die neue Vereinbarung verstärkt auch den Hinweis auf die Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses als anerkannte Grundlage für die politische Bildungsarbeit (s. u.). „Damit haben wir einvernehmlich mit der Bundeswehr kritische Punkte geregelt, damit die Ausgewogenheit bei der Vermittlung der sicherheits- und friedenspolitischen Bildung in den Schulen besser gewährleistet ist“, sagte Stoch. Die neue Vereinbarung werde einerseits der verfassungsmäßigen

Stellung der Bundeswehr gerecht. Andererseits sei die Kritik berücksichtigt, die es an der bisherigen Kooperation gegeben hat.

Stoch möchte darüber hinaus die in der Landesverfassung verankerte Friedensbildung in Schulen künftig weiter stärken. Dazu befindet sich das Kultusministerium derzeit im Austausch mit Verbänden, Organisationen und Institutionen aus diesem Bereich und wird ihnen eine gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung vorschlagen. „Wir wollen sicherstellen, dass sich Schülerinnen und Schüler ein umfassendes Bild von sicherheits- und friedenspolitischen Fragen machen können“, sagte Kultusminister Andreas Stoch.

Weitere Informationen

Der Beutelsbacher Konsens

Zu den Grundsätzen des 1976 auf einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung in Beutelsbach gefassten Konsenses zählt etwa das Überwältigungsverbot, wonach es nicht erlaubt ist, „den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines selbständigen Urteils zu hindern.“ Zudem muss, „was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, [...] auch im Unterricht kontrovers erscheinen“ (Kontroversitätsgebot).

Mehr unter: <http://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens>

Baden-Württemberg: Grün-Rot führt Kooperation Bundeswehr/Schulen fort

Kultusminister Stoch im Selbstgespräch

von Dietrich Schulze

Das folgende erscheint angesichts der Schreckensmeldungen aus Gaza und Ukraine als klein-karierte Friedenstüftelei. Der Krieg um die Köpfe beginnt aber in den Schulen und Hochschulen. Deswegen sind die Bestrebungen für militärfreie Bildungseinrichtungen nach wie vor von grundsätzlicher Bedeutung. Es hatte den Anschein, als ob in Baden-Württemberg ein Pilotprojekt zur Friedenserziehung in den Schulen des Landes durchgesetzt werden kann. Dieser Anschein trägt.

SPD-Stoch setzt CDU-Politik fort

Der baden-württembergische Kultusminister Andreas Stoch (SPD) hat die CDU-Politik von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (GRÜNE) und Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (GRÜNE) für den Bereich der Schulen gerade auf ein neues fürchterliches Niveau gehoben, mittels Inkraftsetzung der CDU-Kooperationsvereinbarung Bundeswehr/Schulen von 2009 unter neuem Etikett.

Die anerkannte Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr - Lernen für den Frieden“, die von Beginn an die ersatzlose Kündigung der CDU-Vereinbarung fordert, hat sich vom Minister auf einem pfiifigen Pfad ins Abseits führen lassen. Bei den Verhandlungen über eine „Gemeinsame Erklärung zur Friedensbildung“ sitzt dem Minister für die Kampagne ausgerechnet ein „Bildungsexperte“ gegenüber, der eine ähnliche Sorte von „Friedens- und Sicherheitspolitik“ vertritt, wie der Minister sie praktiziert. Dieser seit Monaten vor sich hin schleichende Prozess ist in der letzten Woche aufgrund von Dokumenten öffentlich sichtbar geworden.



Andreas Stoch (Kultusminister, l.) im Selbstgespräch
mit Uli Jäger (Friedenspädagoge, r.)

Bildquellen: wikipedia und Berghof Foundation

Diese Verhandlungsfarce mit Friedensetikett muss unverzüglich beendet werden, damit die Kampagne zu ihren mehr als berechtigten Grundsätzen zurück kehren und einen kraftvollen Beitrag zum Antikriegstag 2014 leisten kann.

Kurzer Rückblick

Dabei hatte alles im letzten Herbst hoffnungsvoll mit einer beachteten Tagung „Lernen für den Frieden“ am 9. November im Dietrich-Bonhoeffer-Haus der Evangelischen Studentengemeinde in Karlsruhe begonnen. Daraufhin hatte die DFG-VK eine PM herausgebracht und der Autor hatte berichtet [1]. Am 22. Januar gab es dann eine inhaltlich wertvolle Aktionskonferenz. Der vom Autor vorgelegte Reader enthielt einen ausführlich begründeten Antrag für eine Demo Anfang 2014 nach dem Vorbild vom 20. Oktober 2012 vor. Dazu konnte sich die Konferenz nicht durchringen, orientierte aber auf eine Aktion „Friedensbildung statt Militärwerbung“ bei der Bildungsmesse didacta am 25. März in Stuttgart. Von den vielen bei den Konferenzen blieben sechs Wackere übrig, die am Messe-Eingang Flugblätter verteilten verbunden mit kurzen Megaphon-Durchsagen [3]. Die GEW machte auf ihrem didacta-Stand auf die Aktion aufmerksam. Danach hatten sich diejenigen in der Kampagne durchgesetzt, die ausschließlich reden wollten, ohne das jemals mit Aktionen zu verbinden.

"Bundeswehr und Pazifisten an Schulen auf Augenhöhe"

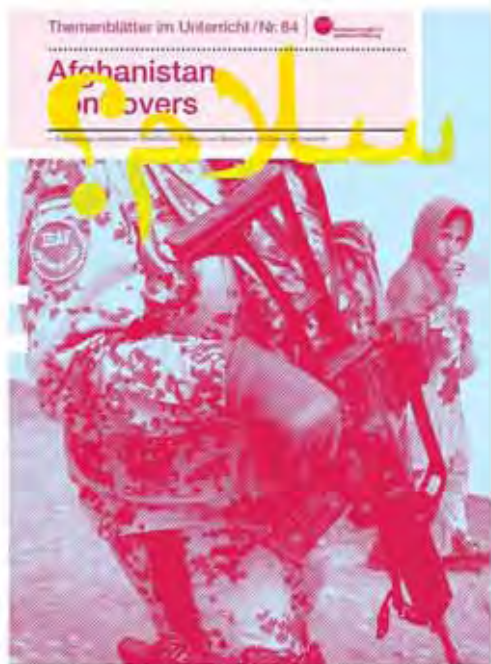
Aktionen sind naturgemäß mit Informationen an die Öffentlichkeit verbunden. Eine Kette von Reden mit Ministern und Ministerialbeamten über solche Grundsatzthemen wie Friedenserziehung an Schulen zieht sich in die Länge und hat im Falle Baden-Württemberg diejenigen in der Kampagne in die Vorhand gebracht, die dem Minister doch bitte nicht mit einer Veröffentlichung der Streitpunkte in die Parade fahren wollten. Der Minister registrierte diese Zurückhaltung

wohlwollend, dachte aber nicht daran, seinerseits gegenüber der Presse Zurückhaltung zu üben. Und genau so kam es. Am 11. Juni lancierte Minister Andreas Stoch (SPD) in den baden-württembergischen Zeitungen die Botschaft "Bundeswehr und Pazifisten an Schulen auf Augenhöhe". Perfiderweise war das kurz nach der dritten Gesprächsrunde Minister/Kampagne. Nichts ahnend hatte der Geschäftsführer der DFG-VK Baden-Württemberg der Presse auf Anfrage erklärt, dass die Gespräche auf gutem Wege seien. Nachdem der Schock verdaut war, gab die Kampagne eine Presse-Mitteilung heraus. Sie halte an der Forderung nach ersatzloser Kündigung der „Kooperationsvereinbarung Bundeswehr/Schulen“ fest. Die Presse dachte nicht daran, das zu berichten. Und der Minister ließ sich nicht lumpen. Am 10. Juli übermittelte er der Kampagne seinen furchtbaren Entwurf einer „Gemeinsamen Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung in den baden-württembergischen Schulen“. Das Rauschen im Kampagnen-Wald verstärkte sich. Ungerührt von alledem übermittelte der Minister der Kampagne am 27. Juli die Ausführungsbestimmungen zur „Kooperationsvereinbarung Schule/Bundeswehr“, dem privilegierten Zugang von Jugendoffizieren zu den Schulen.

Dissidenz in der Kampagne wird öffentlich

Nun platzte einem zweiten Kampagnen-Mitstreiter der Kragen. Die Kooperationsvereinbarung stelle eine Verschärfung dar. Die Jugendoffiziere werden als Vermittler von Friedenspolitik gepriesen. Die Gespräche über die Friedensbildung seien vor diesem Hintergrund nichts anderes als ein Alibi, den Zugang der Jugendoffiziere zu den Schulen zu rechtfertigen. Deswegen der Vorschlag, die Gespräche platzen zu lassen. Und noch ein Dritter aus der Kampagne unterstützte die Forderung, den nächsten Gesprächstermin am 1. August platzen zu lassen. Nachdem dazu außer Vorwürfen vom Kampagnenrat keine Reaktion erfolgte, hielt es der Autor am 31. Juli für erforderlich, die Öffentlichkeit zu informieren. Der blog Trueten, der schon zu den beiden benannten Tagungen Material veröffentlicht hatte, stellt meine Kritik verbunden mit einer Handreichung zu den zitierten Dokumenten am gleichen Tag unter dem Titel „Ausstieg aus Mitmachfalle Friedensbildung Schulen“ ins Netz [4].

Bildungsexperte und Friedenspädagoge Uli Jäger



Titelseite des Arbeitsblatts für die Schulen von Uli Jäger aus 2010

Ein weiterer kompetenter Kritiker hatte kurz darauf einen hochinteressanten Hinweis übermittelt, der den kontinuierlichen Abstiegsprozess der Kampagne seit März auf ganz neue Weise zu erklären vermag. Uli Jäger ist von Beginn an Mitglied im Verhandlungsteam der Kampagne. Seine Profession: Director Peace Education, Berghof Foundation / Friedenspädagogik Tübingen. Niemand in der Kampagne hat ihm offenbar genauer auf die Finger geschaut. In einer von der Bundeszentrale für politische Bildung 2010 heraus gegebenem Arbeitsblatt für Schulen zum Thema "Afghanistan kontrovers" [5] fragt er als Autor eingangs: „Warum engagiert sich Deutschland überhaupt in einem fremden Land und warum militärisch und nicht nur mit zivilen Mitteln?“ und „Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr wirft nicht nur zentrale friedens- und sicherheitspolitische Fragen auf Bundeswehr beteiligt sich an den internationalen Truppen, die Terror bekämpfen und für stabile Verhältnisse sorgen sollen.“ Nach langem Hin und Her kommt er zu der außerordentlich überzeugenden Antwort auf seine Eingangsfrage: "Eine Bewertung des Afghanistaneinsatzes ist angesichts der Komplexität des Konfliktes, der vielfältigen Interessen unterschiedlicher Akteure und der differenzierten

Handlungsoptionen sehr schwierig." Der Friedens- und Konfliktforscher ist also ratlos, weil alles zu komplex ist. Raus aus dem Interventionskrieg, das ist einfach zu platt und zu plump. Die Komplexitätsbehauptung, eine äußerst pfiffige Interpretation von militärischer Außenpolitik. Dieser „Friedenspädagoge“ sitzt also dem Minister gegenüber, einem Minister, der ebenfalls die Gleichsetzung von Friedens- und Sicherheitspolitik auf seiner Agenda hat. Andreas Stoch kann nur nicht so intelligent palavern wie Uli Jäger. Der Minister sitzt demnach seinem wortgewandten alter ego gegenüber. Vereinfacht ausgedrückt: Der Minister privilegiert die Bundeswehr an Schulen und führt Selbstgespräche über die Friedensbildung. Schluss mit der Farce!

Das war nur ein Papier, könnte eingewandt werden. Vielleicht ist es etwas verunglückt. Studieren Sie doch bitte selber das ganze Jäger-Latein im Internet.

Offener Brief zum Antikriegstag 2011

Das eine sind wie gesagt die Reden, das andere die Handlungen. Nur eine weitere Rückbesinnung dazu, ein vom Autor mit initiiertes Offener Brief [6] zum Antikriegstag 2011 an die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg Theresia Bauer, an die Präsidenten der Uni Tübingen und des KIT Karlsruhe zu den Themen • Verzicht auf Militärforschung an Hochschulen • Zivilklausel in das Landeshochschulgesetz und in das KIT-Gesetz • Studierendenvotum und Verfassungsauftrag respektieren • Keine Kern- und Waffenforschung unter einem Dach • Zivilklausel der Uni Tübingen schützen. Unterzeichnet ist der Offene Brief von 20 Gruppen und 60 Personen. Schauen wir einmal, wer an der Uni Tübingen unterzeichnet hat: Dr. Hartmut Blum, Akademischer Oberrat und Dr. Volker Harms, Akademischer Oberrat a.D. - keine Spur vom Friedensforscher Uli Jäger. Interessant hingegen, wer von den jetzt aktiven Kampagnen-Mitstreitern unterzeichnet hatte: Hagen Battran, GEW Baden-Württemberg, Roland Blach, DFG-VK Baden-Württemberg und Paul Russmann, Ohne Rüstung Leben.

Halt, hier ging es doch um die Hochschulen und nicht um die Schulen. Das stimmt, aber der Zusammenhang ist seit langer Zeit offensichtlich und in beiden zuvor genannten Tagungen am 9. November 2013 und am 22. Januar 2014 waren beide Bereiche bewusst thematisch vertreten.

Friedenspädagoge Gregor Lang-Wojtasik als Vorbild

Gibt es denn überhaupt Friedenspädagogen, die praktisch handeln, die sich die SchülerInnen und LehrerInnen zum Vorbild nehmen können. Ja, die gibt es. Nur ein prominentes Beispiel: Prof. Dr. Gregor Lang-Wojtasik an der Pädagogischen Hochschule Weingarten.

Er fordert eine Zivilklausel für die PH, weil er die künftigen PädagogInnen auf einen verantwortungsvollen Weg bringen möchte. Lesen Sie bitte sein Grußwort zur Aktionskonferenz (Reader im Zitat [2] Seiten 2-4 bzw. Handreichung im Zitat [4] Seite 16).

Seine Eingangsworte mögen mein Schlusswort sein:

„Es gibt keinen Weg zum Frieden – Frieden ist der Weg!«. Dieses Zitat, das Mohandas K. Gandhi zugeschrieben wird, verdeutlicht klar, was unsere Reise sein kann. Wir müssen klar machen, wofür wir stehen und damit einschließen, wogegen wir votieren! Denn Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg oder eine wie auch immer geartete Sicherheit. Vor dem Hintergrund der mahnenden deutschen Geschichte geht es darum, konstruktive Alternativen der Konfliktlösung jenseits (militärischer) Gewalt als pragmatische Visionen lebbar zu machen.“

Quellen:

- [1] <http://lernenfuerdenfrieden.de/tagung.htm>
http://www.trueten.de/uploads/PM_101113.pdf
<http://www.trueten.de/permalink/Schulfrei-fuer-die-Bundeswehr-und-Semesterferien-im-ganzen-Jahr!-Rettungsfond-fuer-die-Bildung-statt-Ruestungsmilliarden-fuer-den-Krieg!.html>
- [2] http://bawue.dfg-vk.de/fileadmin/user_upload/Aktionskonferenz_22.1._kurz_01.pdf
http://www.trueten.de/uploads/Reader_CC20140122.pdf
- [3] http://bawue.dfg-vk.de/fileadmin/user_upload/SWK-0114-WEB-V02.pdf
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140325.pdf>
- [4] <http://www.trueten.de/permalink/Ausstieg-aus-Mitmachfalle-Friedensbildung-Schulen.html>
<http://www.trueten.de/uploads/Doku20140730.pdf>
- [5] http://friedenspaedagogik.de/blog/wp-content/uploads/2010/10/4124_tb84_afgha.pdf
- [6] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20110827.pdf>





SANDRA BOSER
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

GEW Kreis Freiburg
Herrn Vorsitzender Peter Fels
Windenreuter Str. 4
79312 Emmendingen

Sandra BOSER Mdl.
Fraktion GRÜNE
Bildungspolitische Sprecherin
Verbraucherschutzpolitische Sprecherin

Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart

Telefon: 0711-2063-627
Telefax: 0711-2063-149-627

sandra.boser@gruene.landtag-bw.de
www.sandra-boser.de

Abgeordnetenbüro Ortenau

Metzgerstr. 13
77652 Offenburg
Telefon: 0781-97060840
Telefax: 0781-97060841
wahlkreisbuero@sandra-boser.de

Stuttgart, den 30.07.2014

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Fels,

besten Dank für Ihr Schreiben vom 09.07.2014 mit der Bitte um Aufnahme und Formulierung einer Leitperspektive Friedenserziehung in den Leitperspektivenkatalog für die Bildungsplanreform in Baden-Württemberg.

Die aktuell gültigen Bildungspläne der allgemein bildenden Schulen bieten vielfältige Ansätze, um Themen wie gewaltfreie Konfliktlösung und Friedenserziehung bis hin zu Aspekten der Friedens- und Sicherheitspolitik im Unterricht zu behandeln.

Bei der Weiterentwicklung der Bildungspläne der allgemein bildenden Schulen werden die Themen Friedenserziehung und gewaltfreie Konfliktlösung ihren hohen Stellenwert behalten und vielfältig in den Fachplänen verankert sein.

Zukünftig werden in den Bildungsplänen Leitperspektiven verankert, die sich an aktuellen Herausforderungen ausrichten und die Schülerinnen und Schüler auf Anforderungen in der Zukunft vorbereiten. Leitperspektiven sollen nicht einem einzigen Fach zugeordnet werden, sondern altersgerecht und fachdidaktisch begründet in verschiedenen Fächern aufgegriffen werden. Neben der Leitperspektive "Prävention und Gesundheitsförderung" ist insbesondere die Leitperspektive "Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt" für die Themen Friedenserziehung und gewaltfreie Konfliktlösung maßgebend. So ist die Erziehung zum Umgang mit Vielfalt und zur Toleranz auch ein wichtiger Beitrag zur Friedenserziehung. Folgende Kompetenzformulierungen sind dort u. a. explizit verankert: die Bedingungen eines friedlichen Miteinanders in einer pluralen Gesellschaft beschreiben, mit Konflikten konstruktiv umgehen und bei nicht-lösbaren Konflikten respektvolle und friedliche Formen des Umgangs miteinander entwickeln.

Im Hinblick auf eine verlässliche Grundlage für die Arbeit der Bildungsplankommissionen ist keine Aufnahme weiterer Leitperspektiven vorgesehen. Nach jetzigem Stand wird das Thema Friedenssicherung in der Einführung zu den neuen Bildungsplänen prominent benannt.

Uns LandespolitikerInnen ist die Stärkung der Friedenserziehung ein wichtiges Anliegen. Deshalb soll die bisherige Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr in wesentlichen Punkten weiterentwickelt und zusätzlich die Friedensbildung im schulischen und außerschulischen Bereich gestärkt werden. Hierzu hat Herr Minister sowohl mit der Bundeswehr als auch mit Organisationen und Initiativen aus dem Bereich der Friedensbewegung intensive Gespräche geführt.

Seien Sie gewiss, dass wir Abgeordnete uns für eine aktive, glaubwürdige und friedenspolitisch eindeutige Bildungsplanreform engagieren.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'S. Boser', with a long horizontal flourish extending to the right.

MdL Sandra Boser



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
Postfach 10 34 42 • 70029 Stuttgart

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Kreis Freiburg
Herrn Vorsitzender
Peter Fels
Franz-Kohlhepp-Str. 23
79115 Freiburg

Stuttgart 31.07.2014
Durchwahl 0711 279-2617
Telefax 0711 279-2577
Name Philipp Steinle
Gebäude Thouretstr. 6 (Postquartier)
Aktenzeichen 32-6510.20/384/363
(Bitte bei Antwort angeben)

Bildungsplanreform 2016 **Einführung einer Leitperspektive Friedenserziehung**

Ihr Schreiben vom 9. Juli 2014

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Herr Minister Andreas Stoch MdL dankt Ihnen für Ihr Schreiben, in dem Sie sich für die Aufnahme und Formulierung einer Leitperspektive Friedenserziehung im Rahmen der Bildungsplanreform 2016 aussprechen. Er hat mich beauftragt Ihnen zu antworten.

Die aktuell gültigen Bildungspläne der allgemein bildenden Schulen bieten vielfältige Ansätze, um Themen wie gewaltfreie Konfliktlösung und Friedenserziehung bis hin zu Aspekten der Friedens- und Sicherheitspolitik im Unterricht zu behandeln.

Bei der Weiterentwicklung der Bildungspläne der allgemein bildenden Schulen werden die Themen Friedenserziehung und gewaltfreie Konfliktlösung ihren hohen Stellenwert behalten und vielfältig verankert sein.

In der Grundschule werden nach jetzigem Stand die Themen zukünftig in den Fachplänen Deutsch, Sachunterricht sowie Katholische, Evangelische und Altkatholische Religionslehre behandelt. In der Sekundarstufe I finden sich Anknüpfungspunkte in den Fachplänen Geschichte, Gemeinschaftskunde, Ethik, Evangelische Religionslehre, Katholische Religionslehre, Alevitische Religionslehre und Islamische Religionslehre Sun-

nitischer Prägung. Es muss allerdings betont werden, dass sich die Bildungspläne in der Entwicklung befinden und daher noch Änderungen vorgenommen werden können.

Zukünftig werden in den Bildungsplänen Leitperspektiven verankert, die sich an aktuellen Herausforderungen ausrichten und die Schülerinnen und Schüler auf Anforderungen in der Zukunft vorbereiten. Leitperspektiven sollen nicht einem einzigen Fach zugeordnet, sondern altersgerecht und fachdidaktisch begründet in verschiedenen Fächern aufgegriffen werden. Neben der Leitperspektive "Prävention und Gesundheitsförderung" ist insbesondere die Leitperspektive "Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt" für die Themen Friedenerziehung und gewaltfreie Konfliktlösung maßgebend. So ist die Erziehung zum Umgang mit Vielfalt und zur Toleranz auch ein wichtiger Beitrag zur Friedenserziehung. Ein Arbeitspapier bildet die Grundlage der Bildungsplankommissionen für die Einarbeitung der Leitperspektiven in die Fachpläne. Folgende Kompetenzformulierungen sind dort u. a. explizit verankert: die Bedingungen eines friedlichen Miteinanders in einer pluralen Gesellschaft beschreiben, mit Konflikten konstruktiv umgehen und bei nicht-lösbaren Konflikten respektvolle und friedliche Formen des Umgangs miteinander entwickeln.

Im Hinblick auf eine verlässliche Grundlage für die Arbeit der Bildungsplankommissionen ist keine Aufnahme weiterer Leitperspektiven vorgesehen. Nach jetzigem Stand wird das Thema Friedenssicherung in der Einführung zu den neuen Bildungsplänen prominent benannt.

Herrn Minister ist die Stärkung der Friedenserziehung ein wichtiges Anliegen. Deshalb soll die bisherige Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr in wesentlichen Punkten weiterentwickelt und zusätzlich die Friedensbildung im schulischen und außerschulischen Bereich gestärkt werden. Hierzu hat Herr Minister sowohl mit der Bundeswehr als auch mit Organisationen und Initiativen aus dem Bereich der Friedensbewegung intensive Gespräche geführt.

Weitere Informationen zur Bildungsplanreform und zu den Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie im Internet unter www.kultusportal-bw.de (Schule in Baden-Württemberg/Bildungspläne). Dort ist auch das Arbeitspapier hinterlegt, das den Kommissionen als Grundlage zur Einarbeitung der Leitperspektiven in die Bildungspläne dient.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'i.v. Costantino', with a long horizontal stroke extending to the right.

Renzo Costantino
Ministerialrat